

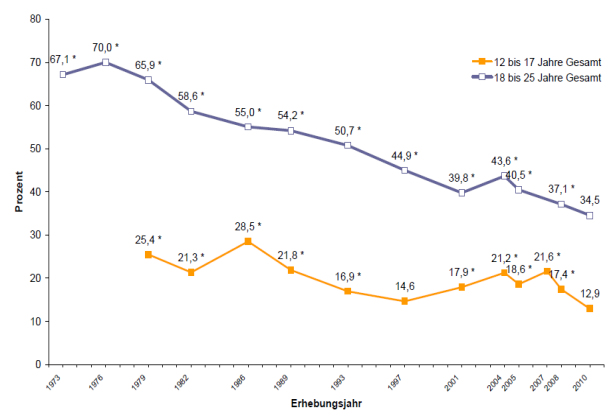


Dyckmans News

Februar/März 2011

Alkoholkonsum Jugendlicher rückläufig, aber weiter auf hohem Niveau

Der regelmäßige Alkoholkonsum von Jugendlichen in Deutschland ist weiter rückläufig und hat im Jahr 2010 den niedrigsten Stand seit den 70er Jahren erreicht. Noch immer verbreitet ist das so genannte Binge-Trinken (Rauschtrinken): Zwar sind auch hier leichte Rückgänge zu verzeichnen, eine generelle Trendwende ist jedoch nicht ersichtlich. Das sind die Ergebnisse der am 4. Februar 2011 veröffentlichten Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung „Alkoholkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland 2010“. Die Ergebnisse zeigen: Vor allem in der Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen griffen im Jahr 2010 deutlich weniger Jugendliche regelmäßig zu alkoholischen Getränken. Während 2004 noch etwa jeder Fünfte (21 %) dieser Altersgruppe angab, mindestens einmal in der Woche Alkohol zu trinken, lag dieser Anteil im vergangenen Jahr bei rund 13 %. Auch wenn die Zahl der so genannten Binge-Trinker leicht gesunken ist, geben immer noch 16,7 % der minderjährigen Jugendlichen an, im letzten Monat Binge-Trinken betrieben zu haben. Weitere Informationen unter www.drogenbeauftragte.de



Hartz IV-Kompromiss setzt die richtigen Akzente

Die Regierung und die Opposition haben sich in der Nacht zum 21. Februar 2011 auf einen Kompromiss zur Hartz IV-Reform verständigt. Maßgeblichen Anteil daran hatte die FDP-Bundestagsfraktion. Erstmals gibt es nun einen nachvollziehbaren und verfassungsfesten Regelsatz für Erwachsene und Kinder. Die Versäumnisse der rot-grünen Bundesregierung gehören damit der Vergangenheit an. Der Regelsatz in Höhe von 364 Euro wird rückwirkend zum 1. Januar 2011 ausgezahlt. Ab dem 1. Januar 2012 wird dieser Regelsatz um weitere drei Euro erhöht. Diese Anpassung richtet sich - wie von Beginn an vorgesehen - nach der Preis- und Lohnentwicklung 2010 und 2011. Zusätzlich werden für rund 2,5 Millionen Kinder von Geringverdienern, die Hartz IV, Kinderzuschlag oder Wohngeld erhalten, neue Leistungen im Bildungspaket bereit gestellt. „Mit dieser Regelung werden wir sowohl dem Auftrag des Verfassungsgerichtes als auch den Bedürfnissen von hilfebedürftigen Kindern gerecht“, sagte die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Birgit Homburger.

FDP-Bundestagsfraktion veranstaltete Diskussionsrunde in Nordhessen

Am 4. Februar 2011 lud die FDP-Bundestagsfraktion zur Veranstaltung „Fachkräftemangel und Ausbildung im Ländlichen Raum“ nach Baunatal ein. Nach einleitenden Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Dr. Heinrich Kolb, dem Bezirksvorsitzenden der FDP in Nord- und Osthessen Jürgen Lenders, dem Staatssekretär im Hessischen Wirtschaftsministerium Steffen Saebisch, folgte unter Moderation des Bundestagsabgeordneten Björn Sänger eine Diskussionsrunde mit Vertretern aus Wirtschaft, Bildung und Politik. Mechthild Dyckmans fasste in ihrem Schlusswort die Ergebnisse des Abends zusammen. Die Podiumsteilnehmer und das Publikum waren sich einig, dass sich Nordhessens Wirtschaft in den letzten Jahren hervorragend entwickelt hat. Gleichzeitig wurden aber auch notwendige Strategien diskutiert, mit denen der drohende Fachkräftemangel abgewendet werden kann.

Gesetzentwürfe zum Verbot der Präimplantationsdiagnostik liegen vor



Im Juli 2010 sprach der Bundesgerichtshof in Leipzig einen Berliner Arzt frei, der Eltern durch Gendiagnostik zu gesunden Kindern verhalf und sich im Januar 2006 selbst angezeigt hatte. Mit diesem Urteil erklärten die Richter die Präimplantationsdiagnostik (PID) zur genetischen Untersuchung von künstlich befruchteten Embryonen für zulässig.

Als PID werden Untersuchungen bezeichnet, die dazu dienen, bei einem durch Befruchtung im Reagenzglas erzeugten Embryo bestimmte Erbkrankheiten und Besonderheiten der Chromosomen vor der Implantation zu erkennen. Zweck der Diagnose ist, eine Hilfe für die Entscheidung zu geben, ob der Embryo in die Gebärmutter eingepflanzt werden soll oder nicht. Die BGH-Entscheidung löste eine umfassende gesellschaftliche und politische Debatte aus. Seit Anfang Februar 2011 liegen dem Deutschen Bundestag dazu drei Gesetzentwürfe vor, die zwar alle ein Verbot der PID vorsehen, allerdings im Falle zweier Entwürfe Ausnahmen in unterschiedlicher Reichweite zulassen. Sie wurden von fraktionsübergreifend zusammengesetzten Abgeordnetengruppen erarbeitet. Auch die abschließende Abstimmung wird ohne Koalitions- und Fraktionszwang erfolgen. Die erste Beratung im Plenum des Deutschen Bundestages ist noch vor Ostern geplant.

Traditionelles Heringessen der FDP Region Kassel

Das diesjährige Heringessen der FDP Region Kassel am Aschermittwoch, den 9. März 2011 um 19 Uhr, fällt mitten in den hessischen Kommunalwahlkampf. Als Gastredner begrüßt die Kasseler FDP den Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Florian Rentsch. Schwerpunkt seines Beitrages wird das Thema „Schuldenbremse“ in der Hessischen Verfassung sein. Hierüber wird in Hessen am 27. März 2011 – parallel zur Kommunalwahl – im Rahmen einer Volksabstimmung entschieden. Wie in den vergangenen Jahren haben die Gäste beim Heringessen die Möglichkeit mit den Politikern aus der Region ins Gespräch zu kommen. Insbesondere die Kandidaten der Kasseler FDP freuen sich auf einen regen Meinungsaustausch. Weitere Informationen für die Anmeldung erhalten Sie im Wahlkreisbüro. Das Programm zur Kommunalwahl finden Sie im Internet unter <http://www.fdp-kassel.de>



Die Liberalen Spitzen-Kandidaten in Kassel

+++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++

- **Infostände** in der Kasseler Innenstadt, Obere Königs-/Ecke Treppenstraße, jeweils 11-17 Uhr immer samstags: 26. Februar, 5. März, 12. März, 19. März, 26. März 2011.

- **Auftaktveranstaltung** der Wanderausstellung „Alkohol? Kenn Dein Limit“ im City-Point Einkaufszentrum am Königsplatz in Kassel, am 17. März 2011 um 11 Uhr.

- **Sitzungswoche des Deutschen Bundestages:** 14.-18. März 2011

- **Wahlkampf-Abschlussveranstaltung** mit Staatsminister Dieter Posch, MdL, in Eppo's Clubhaus, Damaschkestr. 35, 34121 Kassel um 19 Uhr.

- **Kommunalwahlen mit Volksabstimmung** über eine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung am 27. März 2011.

Impressum

Büro im Bundestag:
Mechthild Dyckmans, MdB
Drogenbeauftragte der Bundesregierung
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-71475
Fax: 030-227-76475
www.dyckmans.de

Büro im Wahlkreis:
Wilhelmshöher Allee 157-159
34121 Kassel
Tel.: 0561-312359
Fax: 0561-315690

Wollen Sie die „Dyckmans News“ per E-Mail erhalten oder an Freunde weiterleiten? Dann schreiben Sie uns eine E-Mail an: mechthild.dyckmans@bundestag.de.